

## **Neokonservative Politik und gewerkschaftliche Zukunftsaussichten**

---

Dr. Kurt Thomas Schmitz, geb. 1940 in Köln, Studium der Politikwissenschaft und Geschichte, seit 1978 in der Grundsatzabteilung der IG Metall-Vorstandsverwaltung Frankfurt (Main).

Heinrich Tiemann, geb. 1951 in Schwenningen/Neckar, Diplom-Verwaltungswissenschaftler, von 1980 bis 1985 Lehrer an der Bildungsstätte der IG Metall in Lohr, seit 1985 in der Grundsatzabteilung der IG Metall-Vorstandsverwaltung, Frankfurt (Main).

### Neokonservatismus: ein Hut aus altem Filz

Bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung über die Erscheinungsweisen und den ideologischen Hintergrund des Neokonservatismus gerät allzu leicht die Tatsache in Vergessenheit, daß es seit den späten sechziger Jahren in der Bundesrepublik eine Diskussion über Formen und Ausprägungen des Konservatismus gegeben hat. Diese konservative Diskussion unterscheidet sich im Ansatz und in der Bedeutung von der heutigen neokonservativen Auseinandersetzung.

Angesichts der umfassenden Perspektive neokonservativer Politik ist eine kurze Rückschau auf die konservative Diskussion in der ersten Hälfte der siebziger Jahre nicht ohne Reiz, weil dadurch die Kontinuität konservativen Denkens in der zweiten deutschen Demokratie sichtbar wird.

Die konservative Auseinandersetzung entzündete sich Ende der sechziger Jahre an den Demokratisierungsansätzen für Staat und Gesellschaft. Schon damals wurde die Frage nach den Verwirklichungsmöglichkeiten für konservative und nichtkonservative Perspektiven in unserer Gesellschaft gestellt. Die endgültige Antwort steht bis heute noch aus, auch wenn der Konservatismus in der Form des Neokonservatismus eine weit verbreitete gesellschaft-

liche Zustimmung erreicht hat. Helga Grebing<sup>1</sup>, die konservatives Denken als hinderlich für den Demokratisierungsprozeß kennzeichnet, weist in ihrem Beitrag die Kontinuität konservativen Denkens in Westdeutschland nach. Die Autorin versteht „Konservatismus als historische Kategorie“<sup>2</sup>, der sie Demokratie als historische Kategorie gegenüberstellt. „Demokratie in diesem Sinne könnte dann bestimmt werden als umfassendes rationales Kommunikations-, Organisations- und Entscheidungsprinzip, das in einem Sozialgebilde den Prozeß permanenter Kooperation der nach ihrer Interessenlage und ihren Fähigkeiten aktivierbaren Mitspieler ermöglichen soll, die unter den Bedingungen verwirklichter Gleichheit an der Steuerung des Gesamtsystems ihres Zusammenlebens teilnehmen.“<sup>3</sup> Diese Bestimmung von Demokratie korrespondiert mit der Perspektive einer emanzipatorischen Praxis, der konservatives Denken diametral gegenübersteht. Konservative Denker<sup>4</sup> verwenden in ihrem Kampf gegen Demokratie demokratische Formen und akzeptieren „Demokratie als politisches Funktionsprinzip“, lehnen sie allerdings als „gesellschaftliches Strukturprinzip“<sup>5</sup> ab.

Die Aussagen über die Chancen des Konservatismus Mitte der siebziger Jahre zeigen, daß sich schon früh eine Gegenbewegung zum Fortschrittsglauben und zur weiteren Demokratisierung von Staat und Gesellschaft etabliert hat. Getreu seiner eigentümlichen Doppelbödigkeit verteidigt der Konservatismus Positionen, die zu einer früheren Zeit von ihm abgelehnt wurden und bedient sich dabei der Formen, die seine Gegner anwenden. Mit der Beschäftigungs- und Wirtschaftskrise gewann der Konservatismus weiter an Bedeutung und gesellschaftlicher Wirkkraft. Der Konservatismus entwickelte sich zum Neokonservatismus in den frühen achtziger Jahren<sup>6</sup>. Vergangene Leitbilder und Inhalte konservativen Denkens verlieren dabei zwangsläufig an Bedeutung. Im Unterschied zum Konservatismus klassischer Prägung, der sich aus den Vorbehalten gegenüber der bürgerlichen Revolution nährte, „zeichnet sich der Neokonservatismus durch die Bejahung der kapitalistischen Marktwirtschaft aus“.<sup>6a</sup> Der neue Konservatismus - Neokonservatismus - steht auf dem Boden ökonomischer Modernität und Systemrationalität. Eindeutige Positionen zugunsten der Produktionsfreiheit, dem technischen Fortschritt als Antwort und Voraussetzung für den Wohlstand aller, haben die früheren Vorbehalte gegenüber technischem und sozialem Wandel verdrängt.

1 Helga Grebing, Positionen des Konservatismus in der Bundesrepublik, in: Helga Grebing u. a., Konservatismus. Eine deutsche Bilanz, München 1971, S. 33-66.

2 Helga Grebing, Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945, Frankfurt 1971, S. 31.

3 Ebda, S. 81.

4 Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), Rekonstruktion des Konservatismus, Freiburg 1972.

5 Helga Grebing, Konservative gegen die Demokratie, S. 421.

6 Jürgen Habermas, Die Neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt/M. 1985; Helmut Dubiel, Was ist Neokonservatismus?, Frankfurt 1985, insbes. S. 126-136.

6a Joachim Bischoff, Sebastian Herkommer, Von der kapitalistischen Industriegesellschaft zur postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft, in: Elmar Altvater u. a., Arbeit 2000, Hamburg 1985, S. 179.

Die neokonservative Regierungspolitik, weltweit vom Verfall der ökonomischen und politischen Funktionsbedingungen des sozialstaatlichen Konsens profitierend, umfaßt im wesentlichen zwei Elemente:

1. Aus der Sicht der Neokonservativen sind nicht die Funktionsmechanismen des ökonomischen Systems die Ursachen für ökonomische Krise und Massenarbeitslosigkeit, sondern die wohlfahrtsstaatlichen Sicherungen. In ihrem Konzept ist die Begründung einer neuen Wachstumsperiode nur über die Rücknahme staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft möglich. Das über den freien Markt vermittelte Streben nach individueller Nutzenmaximierung sei immer noch am besten in der Lage, Wohlstand für alle zu verwirklichen. Der Umbau des Wohlfahrtsstaates soll jene Marktkräfte und unternehmerischen Initiativen wieder freilegen, die Wirtschaftswachstum und Wohlstand bedeuten.

Der Schwerpunkt der „Gesellschaftsreform von rechts“ beabsichtigt die verstärkte Indienstnahme des Staates zur Steigerung privatwirtschaftlicher Rentabilität durch den Ab- und Umbau der Arbeits- und Sozialverfassung einschließlich der Absenkung des gesellschaftlichen Niveaus der Sekundärverteilung. Die Finanzierungsprobleme des Sozialstaates, die im Gefolge der Wirtschaftskrise, der Massenarbeitslosigkeit und der wachsenden sozialen Probleme auftraten, sind für die Neokonservativen willkommener Anlaß, vom Abbau zum gezielten Umbau des Sozialstaates überzugehen.

Nicht Gleichheit und soziale Sicherung für alle stellen die politischen Ziele staatlicher Politik dar, sondern die Unterordnung des Sozialstaates unter ökonomisch-technische Erfordernisse. Im Rahmen des Umbaus der Arbeits- und Sozialverfassung, der Neuordnung der industriellen und sozialen Beziehungen sollen die flexibilisierten und differenzierten Arbeitsbeziehungen gleichsam eine Verlängerung in den staatlichen sozialpolitischen Aktivitäten finden und somit eine stärkere Angliederung der Lebensverhältnisse an die Kapitalverwertung absichern. Die Sozialpolitik wird nicht völlig beseitigt, der Zusammenhang zwischen Produktionssphäre und Sozialpolitik aber auf einem neuen, niedrigeren Niveau durch Sozialabbau und Diskriminierung neu organisiert.

Die Privatisierung der Sozialpolitik steht in einer engen Beziehung zur Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen und des Arbeitskräfteeinsatzes. In beiden Bereichen soll der Kostenfaktor Arbeit verbilligt und durch den Abbau von Sozialgesetzen die disziplinierende Wirkung der Massenarbeitslosigkeit verstärkt werden. Das Ziel ist die Schaffung der ökonomischen und politischen Voraussetzungen einer kommerzialisierten Dienstleistungsgesellschaft.

2. Die Zurückweisung von gesellschaftlichen Beteiligungsansprüchen - Stichworte sind: „Anspruchsinflation“ und „Unregierbarkeit“ - im Sinne der Ausweitung der Demokratie auf alle gesellschaftlichen Bereiche soll die „Legitimationskosten“ des politischen Systems senken. Außerdem fordert die neokonservative Politik eine Neubestimmung der politisch-kulturellen

Grundlagen der Gesellschaft. So werden vor allem die Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung, weil sie in neokonservativer Sicht die Grundlagen der Arbeitsgesellschaft bedrohen, diskreditiert zugunsten der Pflege bürgerlicher Traditionen und Kultur. Diese sollen in der privaten Lebenswelt die Auswirkungen beschleunigter gesellschaftlicher Umstrukturierung auffangen und abfedern.

Das Industriesystem<sup>7</sup> ist nach Ansicht der Neokonservativen durch einen Wertwandel bedroht, der die Einstellungen gefährdet, denen dieses System seine Entstehung verdankt und aus dem es in Zukunft weiterlebt: Pflichtgefühl und Leistungsbereitschaft, Arbeitsfreude und Einordnung, Disziplin und Selbstdisziplin. Diese Haltungen können nur vom Kultursystem bereitgestellt werden.

Der Konservatismus will alle Tendenzen zurückdrängen, die das Prinzip Selbstverwirklichung in das Industriesystem und in die Arbeitswelt eindringen lassen. Hier sind es in erster Linie Elternhaus und Schule, auf deren Erziehungsleistungen sich konservative Hoffnungen gründen. Im Brennpunkt konservativer Kritik steht eine Erziehung, die wachsendes Anspruchsdenken und starke politische Beteiligungswünsche hervorbringt.

In Bezug auf die wachsenden Forderungen nach politischer Beteiligung ist die konservative Kritik besonders hellhörig. Eine Ausweitung demokratischer Mitwirkungsrechte fördert ihrer Meinung nach die Unregierbarkeit des Staates und führt zu einer Legitimationskrise. Eine Lawine von unerfüllbaren Erwartungen und Ansprüchen begrabe staatliche Handlungsfähigkeit und bereite in besonderer Weise eine Kulturkrise vor, auf die unsere Gesellschaft nach konservativer Einschätzung zuläuft.

Mit der Entkoppelung des Industrie- und Kultursystems hat der deutsche Konservatismus sich nahtlos an die Seite seines alten Gegners Liberalismus gestellt. Der Konservative verteidigt das kapitalistische Industriesystem wie ein Liberaler. Die Liberalen möchten ebenso wie die Konservativen das politische System der Demokratie auf der Ebene einer repräsentativen Demokratie einfrieren. Innerhalb des Industriesystems gibt es nichts mehr zu konservieren; es wird beherrscht von Marktgesetzen und Wachstumszwängen.

Die Vorstellungen der neokonservativen Parteien CDU, CSU, FDP sind aufgrund der Verschiedenheit ihrer Klientel sehr unterschiedlich und teilweise widersprüchlich. Gemeinsames Ziel ist die Nutzung der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise für eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu Lasten der abhängig Beschäftigten und die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für die private Kapitalverwertung.

Der harte Kern neokonservativer Politik ist die Beschränkung, Aus- und Eingrenzung des Einflusses der Gewerkschaften. Hierunter fallen alle Ele-

---

<sup>7</sup> Martin Greiffenhagen, Post-historie? Bemerkungen zur Situation des „Neokonservatismus“, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 10/1986, S. 902-909.

mente, die auf eine Deregulierung, Flexibilisierung und Individualisierung der gesamten Arbeits- und Sozialverfassung zielen bzw. die Ausweitung der Handlungsmöglichkeiten der Unternehmen befördern.

Neokonservative Politiker<sup>8</sup> sind der Auffassung, daß einheitliche Arbeitsverhältnisse, zentral gesteuerte Arbeitskämpfe und einheitliche Tarifvertragsregelungen bald der Vergangenheit angehören werden. Mehr Individualisierung in den Arbeitsverhältnissen im Sinne von mehr „Vertragsfreiheit“ zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer sei das Gebot der Stunde. Sie empfehlen den Gewerkschaften, sich zu einer Dachorganisation selbstbestimmter, betrieblich organisierter und beteiligter Arbeitnehmer zu wandern. Zu ihren Aufgaben gehöre in der Überwindung des tarifpolitischen Zentralismus die Differenzierung der arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen.

Die politische Absicht der Neokonservativen ist nicht die Beseitigung der Gewerkschaften. Es geht ihnen vielmehr darum, den politischen Bewegungsspielraum der Gewerkschaften in den Betrieben und innerhalb der Politik zu verringern und zu begrenzen. Individualisierung und Differenzierung sowie die Verstärkung der Tendenzen zum Betriebs-Syndikalismus, die Spaltung zwischen Belegschaft und betrieblicher Interessenvertretung auf der einen Seite und den Gewerkschaften auf der anderen Seite, dienen dazu, die gewerkschaftliche Repräsentanz in den Betrieben zurückzudrängen, die kollektiven tarifvertraglichen Vereinbarungen zu unterlaufen und langfristig die gewerkschaftliche Gegenmacht im Betrieb einzuschränken.

Die Gewerkschaften haben sich in der Krise als widerstandsfähig erwiesen. Während ihnen noch im Jahre 1984 die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit gelang, konnten sie allerdings die Verschlechterung der praktischen Streikfähigkeit nicht verhindern.

#### Ökonomische und gesellschaftliche Trends - Grundlagen künftiger Politik

Erst vor dem Hintergrund des ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungsrahmens läßt sich eine Beurteilung vornehmen, über welche Schubkraft der Neokonservatismus für die absehbare Zukunft verfügt.

Langfristig setzen die Neokonservativen im Hinblick auf den Niedergang der gewerkschaftlichen Gegenmacht auf die Wandlungen in der Produktion, der Beschäftigungsstrukturen und der Lebensweise. Über die aktive Förderung des Modernisierungsprozesses durch die Umwälzung der Industriestrukturen zu Lasten der klassischen Industriebranchen und ihrer gewerkschaftlich organisierten Belegschaften, durch die umfassende Flexibilisierung der Produktion, der Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbeziehungen sowie der Arbeitsmarktstrukturierung beschleunigen sie diese Entwicklung.

---

<sup>8</sup> Lothar Späth, *Wende in die Zukunft*, Hamburg 1985, Kurt Biedenkopf, *Die neue Sicht der Dinge*, München/Zürich 1985.

Die Konkurrenzbedingungen am Weltmarkt (anhaltend niedrige Wachstumsraten, kürzere Innovationszyklen bei Produkten und Produktionsverfahren, Notwendigkeit zu größerer Flexibilität der Produktion) erfordern zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals die verstärkte Anwendung neuer Techniken. Inflexible Rationalisierungsmuster der Großserien- und Massenfertigung verlieren tendenziell an Bedeutung und werden sukzessive durch flexible Rationalisierungstechniken ersetzt. Die eingesetzten neuen Technologien verändern dabei die Arbeitsprozesse und die Betriebsorganisation. Sie eröffnen den Unternehmen Chancen der Rationalisierung, Flexibilisierung, Diversifizierung und Auslagerung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Sie sind ein äußerst wirksames Rationalisierungsinstrumentarium, das alle Bereiche von Produktion und Verwaltung erfasst.

Die aus den Veränderungen der Weltmarktkonstellation ohnehin schon resultierenden produktionsorganisatorischen Imperative, wie Flexibilisierung der Produktion, flexibler Einsatz und umfassende Nutzung der qualifizierten Arbeitskräfte, werden sich vor dem Hintergrund der staatlich unterstützten Einführung der neuen Technologien nochmals verstärken. Insgesamt sind erhebliche Veränderungen in den Konkurrenz- und Verflechtungsverhältnissen, in den unternehmerischen Organisations- und Binnenstrukturen zu erwarten. Ökonomisch betrachtet laufen diese Strategien und Politiken auf eine umfassende Neustrukturierung der Produktionsorganisation hinaus.

Die für die siebziger Jahre typische Existenz von innerbetrieblichen Stamm- und Randbelegschaften wird angesichts dieser Entwicklung um eine stärker zwischenbetriebliche Segmentierung bei einem anwachsenden Bodensatz längerfristig Arbeitsloser erweitert. Im Gefolge dieser Entwicklung entstehen Arbeitnehmergruppen, deren Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse durch zunehmende Inhomogenität und Individualisierung charakterisiert sein werden.

Nimmt man die Trends zusammen, dann zeigen sich eine Reihe von Problemen für die Gewerkschaften.<sup>9</sup> Aus dem Funktionszuwachs der betrieblichen Ebene, der Tendenz zur „sozialen Schließung“ des betrieblichen Sozialgefüges und der internen Arbeitsmärkte<sup>10</sup> erwächst für die Gewerkschaften die Gefahr der „Japanisierung“ der Belegschaften in Formen intensiver Festlegungen der Beschäftigten auf die Unternehmensziele (durch Beteiligungsformen wie Qualitätszirkel, Mitarbeiter-Gesprächskreise). Mit diesen Formen der unternehmerischen Einbindung, die teilweise arbeitsbezogene Interessen der Beschäftigten berücksichtigen, aber weitgehend jenseits der Einwirkungsmöglichkeiten der betrieblichen Interessenvertretung existieren bzw. einge-

---

<sup>9</sup> Vgl. im Folgenden: Eckart Teschner, Die Zukunft der Arbeit - Ende der organisierten Arbeiterbewegung?, in: Arbeit und Leben Niedersachsen (Hrsg.), Die Zukunft der Gewerkschaften, Hannover 1985, S. 28-37; Walter Müller-Jentsch, Soziologie der industriellen Beziehungen. Eine Einführung, Frankfurt/M. 1986, S. 266-287. <sup>10</sup> Vgl. im Folgenden Paul Windolf, Hans-Willy Hohn, Arbeitsmarktchancen in der Krise, Frankfurt 1984.

führt werden, verfolgen die Unternehmen ihre Absichten nach mehr Flexibilität und intensiverer Nutzung der Arbeitskraft.

Außerdem verstärken diese technologischen Entwicklungen und die daraus resultierenden Differenzierungen in der sozialen Lage der Beschäftigten die Tendenz zur Spaltung der Belegschaften. Erhebliche negative Auswirkungen auf die Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften kann die Fortsetzung und Begründung neuer betrieblicher „Produktivitäts- und Sozialpakete“ zwischen den „Rationalisierungsgewinnern“ einerseits und dem Management andererseits hervorbringen.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, daß der arbeitsorganisatorische und technische Modernisierungsprozeß aufgrund des Systemcharakters der neuen Technologien die Wirksamkeit der traditionellen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten ins Leere laufen läßt, während z. B. die Ebene der arbeitsplatznahen Einführung neuer Systeme für Unternehmensleitungen wie Belegschaften an Bedeutung gewinnt.

Überlagert werden diese schon seit geraumer Zeit in Gang befindlichen Entwicklungen durch arbeitsstrukturelle Veränderungsprozesse innerhalb der weltmarktverflochtenen und wissenschaftsintensiven Industrie- und Dienstleistungsbereiche, deren Arbeitsprozesse durch den Einsatz neuer Produktions-, Informations- und Kommunikationstechnologien geprägt sind. Hier entstehen im Zusammenhang mit arbeitsorganisatorischen Veränderungen neue Beschäftigtengruppen mit planenden, steuernden, überwachenden und organisierenden Tätigkeiten, die nur schwache gewerkschaftliche Bindungen aufweisen, sowie Tendenzen innerhalb der Arbeitssituation, die zum gewerkschaftlichen Interessenverständnis weitgehend in Widerspruch stehen.<sup>11</sup>

Es besteht die Gefahr, daß die Arbeitnehmergruppen, die keine kontinuierliche und stabile Beschäftigung (Teilzeit-, Zeitarbeit, Heimarbeit etc.) ausüben, von den betrieblichen Beteiligungsrechten weitgehend ausgeschlossen werden und den Kontakt zu den Gewerkschaften verlieren bzw. ihn erst gar nicht herstellen können.

Die Verschiebungen im Bereich der industriellen Produktion zugunsten von Dienstleistungstätigkeiten und die Veränderungen in der Unternehmens- und Betriebsorganisation zeigen, daß im Beschäftigungssystem der Zukunft die bisherigen Träger gewerkschaftlicher Organisationsmacht (Facharbeiter und qualifizierte Angelernte) tendenziell ihre hervorragende Bedeutung einbüßen werden.

Im Zuge des wirtschaftlichen Wiederaufbaus haben sich vor dem Hintergrund einer historisch beispiellosen Anhebung des Lebensstandards sowie durch den Aufbau sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Sicherungen für

---

<sup>11</sup> Eckart Hildebrand, Rüdiger Seitz, Betriebliche und gewerkschaftliche Rahmenbedingungen von Gewerkschaftspolitik in den achtziger Jahren, in: Hochschule der Künste Berlin (Hrsg.), Technik, Kultur, Gewerkschaft, Berlin 1985, S. 39-49.

große Gruppen der Arbeitnehmer Veränderungen und Verbesserungen in den Lebensformen und Arbeitsverhältnissen ergeben. Sie waren zugleich die Grundlagen für einen gesellschaftlichen Individualisierungsprozeß.<sup>12</sup> Die sozialstaatlichen Sicherungen boten ein stabiles Fundament für die individuelle Lebensplanung; außerdem setzte sich eine Lebensweise durch, die auf der Basis erweiterter materieller Spielräume Möglichkeiten zur aktiven individuellen Gestaltung des gesamten Nichtarbeitsbereichs eröffnete. Im Gefolge dieser Entwicklungen haben sich die kollektiven Bindungen an schichtspezifische Lebensweisen und Klassenlagen weitgehend aufgelöst und die Möglichkeiten zur Entfaltung der Privatsphäre vergrößert. Dort entstanden neue soziale Bindungen, die sich zwar nicht unabhängig von der Arbeit entwickelten, aber im Unterschied zur Vergangenheit nicht mehr mit dem sozialen Milieu und der Gewerkschaft unmittelbar verknüpft sind. Gleichwohl ist die Arbeit das Zentrum der Lebensinterpretation geblieben. Die Identitätsbildung der Menschen erfolgt nicht losgelöst von der Arbeit. Die Verausgabung der eigenen Arbeitskraft wird von der Erfüllung arbeitsinhaltlicher Erwartungen und immateriellen Ansprüchen wie Mitverantwortung, menschliche Kontakte, Enthierarchisierung, neue Erfahrungs- und Kooperationsformen in der Arbeit und besserer Vereinbarkeit der Erwerbsarbeit mit dem Privatleben abhängig gemacht.<sup>13</sup>

#### Gewerkschaftliche Perspektiven

Die Neokonservativen wollen mit der Politik des Sozialabbaus und der Deregulierung die kollektiven Schutzsysteme und Organisationen, die erst die Individualisierung gesellschaftlich ermöglicht haben, zerschlagen.

Der bisherige Verlauf der Krise und der Erfolg des Neokonservatismus, aber auch die veränderte Anspruchshaltung der Menschen, erfordern eine gewerkschaftliche Reformpolitik für den gesamten Lebenszusammenhang der Menschen. Die gewerkschaftliche Politik hat den politischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen nach einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse Ausdruck zu verleihen. Sie muß orientieren und Perspektiven weisen, insbesondere für eine qualitative Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen, der ökologischen Umgestaltung der materiellen Grundlagen der Produktion, der Nutzung der technischen und sozialen Produktivkräfte der Gesellschaft und einer umfassenden demokratischen Gestaltung aller Lebensbereiche.

Unter dem Dach eines gewerkschaftlichen Gesamtprogramms sollen die Gewerkschaften ein nach Inhalten und Beschäftigten verbreitetes Spektrum von sozialen Interessen vertreten und die zunehmende Differenziertheit der

---

<sup>12</sup> Vgl. im Folgenden: Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986, S. 121-160.

<sup>13</sup> Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI), Arbeit und Gewerkschaften-Perspektiven von Jugendlichen, Göttingen 1985; Horst Kern, Michael Schumann, Ende der Arbeitsteilung?, München 1984, S. 326.

Interessen und Lebensweisen der Beschäftigtengruppen stärker zum Ausgangspunkt ihrer Politik machen.

Eine der zentralen Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften wird die Gestaltung der Arbeit sein. Gewerkschaftliche Arbeitspolitik hat den Zusammenhang zwischen Arbeit und Nichtarbeit, Beruf und Alltagsleben zu beachten. Die Arbeitszeitverkürzung und die neuen Technologien bieten neue Möglichkeiten der Annäherung dieser Lebensbereiche und der Förderung schöpferischer Fähigkeiten und eigener kultureller Aktivitäten der Menschen.

Nur wenn über die Arbeitsstrukturen die Entfaltung der Persönlichkeit in der und durch die Arbeit schrittweise verwirklicht werden kann, lassen sich die übrigen Lebensbereiche in einem Prozeß der wechselseitigen Verstärkung der qualitativ-emanzipatorischen Anforderungen an Arbeit und Nichtarbeit zum Vorteil der Menschen gestalten.

Bereits diese Anforderungen an eine gewerkschaftliche Arbeitspolitik weisen über den betrieblichen Handlungsrahmen hinaus. Dabei müssen die gewerkschaftlichen Aktivitäten im Nichtarbeitsbereich systematisch mit denen im Betrieb verknüpft sein.

Die fortschreitende technologische Entwicklung, die Umstrukturierungen innerhalb der Arbeitnehmerschaft, die Veränderungen in den bewußtseinsformenden Wertorientierungen stellen Herausforderungen für die gewerkschaftliche Organisation und Politik dar. Sie machen eine umfassende, die Zukunft der Arbeits- und Lebensweise gestaltende Politik der Gewerkschaften notwendig. Jede andere Politik würde die Chancen der Durchsetzung und Stabilisierung des neokonservativen Gesellschaftsmodells der segmentierten Gesellschaft eher noch vergrößern.

Die zentrale Herausforderung für die Gewerkschaften liegt in der Frage, wie an den Individualisierungs- und Pluralisierungsprozeß der Lebenslagen der Menschen angeschlossen werden kann. Da heute Individualisierung steigendes Bildungsniveau und wachsende Handlungsfähigkeit, steigende Bedürfnisse nach Selbsttätigkeit und Persönlichkeitsentfaltung einschließt, müssen die Gewerkschaften daran denken, unter dem Gesichtspunkt der Wechselwirkung von Politikinhalt und Politikform auch die innerorganisatorischen Strukturen und Prozesse der Meinungs- und Willensbildung den Entwicklungen anzupassen.